

# Judo im Kalten Krieg

Egon Bahr, Chefarchitekt der »Annäherung«, ist tot. Mit der Arbeiterbewegung verband ihn nichts, und doch stand er für eine Generation der Sozialdemokratie. **Von Georg Fülberth**

**E**gon Bahr, geboren 1922, gestorben in der Nacht zum Donnerstag, war Soldat, wurde 1944 als Fahnenjunker aus der Armee entfernt und als Rüstungsarbeiter in die Produktion versetzt: wegen »Einschleichens in die Wehrmacht«. Er hatte seine jüdische Großmutter verschwiegen. Später sagte er, er habe Schwein gehabt.

Ab 1945 war er Journalist, von 1950 bis 1960 als Chefkommentator des RIAS: ein Propagandist des Westens im Kalten Krieg. 1956 trat er in die SPD ein. Mit der traditionellen Arbeiterbewegung verband ihn nichts, aber die Sozialdemokratie befand sich längst schon auf dem Weg nach Godesberg, und Bahr war typisch für den jetzt einsetzenden Zuzug aus den Kriegsteilnehmerjahrgängen.

1960 wurde er Leiter des Presse- und Informationsamtes des Berliner Senats und enger Mitarbeiter des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt.

Am 15. Juli 1963 trug er auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing ein neues Konzept der Deutschlandpolitik vor: »Wandel durch Annäherung«. Da die DDR nicht frontal zu beseitigen sei, solle unterhalb ihrer völkerrechtlichen Anerkennung der Kontakt zwischen beiden deutschen Staaten und ihren Bürgern intensiviert werden. Als der spätere DDR-Außenminister Otto Winzer dies als »Aggression auf Filzlatzchen« bezeichnete, fühlte sich Egon Bahr gut verstanden.

Seit 1949 hatte die SPD sich als die bessere Wiedervereinigungspartei dargestellt. Konrad Adenauer verspielte, so ihr Vorwurf, durch seine Politik der Westintegration die deutsche Einheit. 1959 hatte die SPD einen »Deutschlandplan« vorgelegt: Er sollte unter Umgehung der DDR durch die vier Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkriegs verwirklicht werden. Die Sowjetunion hatte aber längst klargemacht, dass ohne die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik überhaupt nichts gehe. 1960 zog die SPD ihren Deutschlandplan zurück und verkündete am 30. Juni 1960 durch Herbert Wehner ihre Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft der BRD. Damit hatte sie eine Plattform gewonnen, auf der sie Varianten innerhalb der von Adenauer geschaffenen und von ihr bisher bekämpften Tatsachen anbieten konnte: nicht mehr »Politik der Stärke« gegen die DDR, sondern eine Art Judo.



Mehr als Willy Brandts Schatten: Der SPD-Politiker Egon Bahr ist gestorben

Für die Bundesrepublik jener Jahre galt, dass nur diejenige Partei eine Chance hatte, den Kanzler zu stellen, die die größere Unterstützung durch die USA hatte. Das war bislang die CDU/CSU gewesen. Jetzt aber knirschte es zwischen der Kennedy-Administration und Adenauer. Der sträubte sich dagegen, dass die Vereinigten Staaten den Status quo in Mitteleuropa für einige Zeit hinnahmen und die Bewegungsphase des Kalten Krieges in eine Art Stellungskrieg überführten. Ausdrücklich bezog sich Bahr in Tutzing auf »die Änderung des Ost-West-Verhältnisses, die die USA versuchen wollen«. Das war das Ticket für den Führungsanspruch der SPD.

Als er – unter dem Außenminister Brandt Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt, in der ersten sozialliberalen Koalition Staatssekretär im Bundeskanzleramt – schließlich die Verträge von Moskau und Warschau (1970), ein Transitabkommen (1971/72) und den Grundlagenvertrag mit der DDR (1972/73) vorbereitete, wurde er zu einer Hassfigur für den begriffsstutzigen Teil der deutschen Rechten. Auch Nixon und Kissinger betrachteten ihn mit Misstrauen, so, als bahne sich da eine neue deutsche Rapallo-Politik an: Sonderbeziehungen »Deutschlands« zur UdSSR. Daran war wohl nichts.

Bahr hat Wehner bis ans Ende seiner Tage und in seine späten Interviews hinein gehasst: Dieser trage die Schuld an Brandts Sturz. Ebenso wie dessen Witwe Brigitte Seebacher verbreitete er die Version, Wehner sei ein Mann der SED gewesen.

Wir befinden uns hier in den Kassetten des Ost-West-Konflikts. Bahr selbst bekannte sich später stolz dazu, »Back channels« gegraben zu haben: Geheimgänge zu Entscheidungsträgern für die Vorbereitung und Unterstützung der offiziellen Verhandlungen. Aber er legte Wert auf die Feststellung, er habe sich nur an die eigene Feldpostnummer gehalten. Wehner aber warf er Verrat vor. Wer wen auszutricksen versuchte, werden unschuldige Außenstehende vielleicht nie mehr erfahren.

Die neue Konfrontationspolitik des Westens ab Mitte der 70er Jahre traf auf günstige Umstände, die Bahr 1963 noch nicht in der Rechnung haben konnte: das Siechtum des sozialistischen Lagers. Hier musste umsichtig gehandelt werden, damit das absehbare Verröckeln nicht durch einen bösen Knall verdorben werde. Bahr bezeichnete 1977 die von den USA geplante Neutronenbombe als »Perversion des Denkens«.

Als Bundesgeschäftsführer der SPD (1976–1981) versuchte er, mit Brandt die SPD zusammenzuhalten, als sie

durch Schmidts Raketenpolitik arg gerupft wurde. Beide signalisierten Verständnis für die Proteste gegen die NATO-Rüstung. Da kam es auch schon einmal vor, dass der Betreiber einer lokalen Friedensinitiative, der eine Aktion vorbereitete, einen überraschenden Anruf erhielt: »Mein Name ist Bahr. Kennen Sie mich?«

Er betrieb den Ausschluss von Sozialdemokraten, die im angeblich kommunistisch gesteuerten »Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« aktiv waren. Auch der Jusovorsitzende Benneter flog für einige Jahre hinaus. Er hatte die DKP zwar als Gegnerin, die CDU aber als Feindin der SPD bezeichnet.

Diese administrativen Maßnahmen waren für Bahr Stabilitätspolitik: Tatsächliche oder angebliche fünfte Kolonnen der jeweils anderen Seite waren nicht zu dulden. DDR-Dissidenten haben ihm das übel genommen, denn für sie galt es ja auch. Er durfte für sich in Anspruch nehmen, dass sie ganz am Ende mit dem Ergebnis doch recht zufrieden sein konnten.

Zu einigen seiner Gegner und Verhandlungspartner aus den Jahrzehnten vor 1989 hat Egon Bahr nach deren Niederlage Kontakt gehalten, da und dort wohl auch zu helfen versucht. Nachtreten lag ihm nicht. Es war so ja auch viel schöner.